

Protokoll:

Rm Keul- Göbel (BIZ) begründet den Antrag. Es bestehe keine Möglichkeit mehr zu Fuß einkaufen zu gehen. Es gebe aber einen Interessenten der, an der vorgesehenen Stelle im Rahmenplan, bauen wolle. Der Ortsbeirat sei dafür und auch die Bevölkerung habe ein großes Interesse. Für den betroffenen Spielplatz gebe es Ausweichmöglichkeiten. Zudem gebe es noch einen zweiten Interessenten, der einen Vollversorger errichten wolle. Beide Interessenten schließen sich nicht gegenseitig aus, sondern sehen sich als Ergänzung. Daher bittet sie um Zustimmung.

Rm Coßmann (CDU) ist ebenfalls der Meinung, dass auf der rechten Rheinseite unbedingt etwas getan werden müsse. Im Umkreis von 2 km seien schließlich rund 10.000 Einwohner betroffen. Er spricht sich dafür aus, die Angelegenheit aber noch in den zuständigen Gremien zu besprechen.

Beigeordneter Prümm trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0107/2013).

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig schließt sich der Stellungnahme an. Die Verwaltung erkenne das Problem an. Es müsse etwas getan werden, allerdings warne er vor einem Schnellschuss. Die Thematik solle in den Ausschüssen begleitet werden.

SPD- Fraktionsvorsitzende Lipinski- Naumann findet, dass es in vielen Stadtteilen Probleme bei der Nahversorgung gebe. Hierbei liege die Betonung auch unbedingt auf einem Vollsortimenter und nicht nur auf einem Discounter. Sie bittet um einen Zwischenbericht nach der Sommerpause.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erklärt, die Thematik werde spätestens nach der Sommerpause in den Ausschüssen thematisiert.

Rm Diehl (CDU) schildert, dass aus der Gemarkung Ehrenbreitstein sowohl der Discounter als auch der Vollsortimenter raus gingen. Über die Nachnutzung des heutigen Standortes solle man sich auch jetzt schon Gedanken machen.

Rm Keul- Göbel (BIZ) dankt für die Stellungnahme der Verwaltung, allerdings solle den Interessenten von Rat und Verwaltung durch einen Beschluss schon ein positives Signal übermittelt werden.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig gibt zu Protokoll, dass der Antragsteller und die Verwaltung das Problem anerkennen und dankbar für die Interessenten seien. Allerdings könne noch keine räumliche Einengung vorgenommen werden. Eine Beratung erfolge in den zuständigen Ausschüssen nach der Sommerpause.

CDU- Fraktionsvorsitzende Schuhmann- Dreyer empfiehlt auch den Jugendhilfeausschuss zu beteiligen, da eine Spielfläche betroffen sei.